A6 Fossilfreie Werbung für Baden-Württemberg

Antragsteller*innen: Paul Simmler Paul Simmler (KV Freiburg)
Tagesordnungspunkt: 10 V-Anträge

Antragstext

Problem:
Während der Klimawandel so langsam auch in den Alltag Europas einzieht, sind Maßnahmen die dagegensteuern noch immer zimperlich oder werden von (''Ex'')Lobbyist*innen wie Reiche schon wieder zurückgedreht.
Das kommt auch nicht aus heiterem Himmel. Milliardenschwere, gut vernetzte Fossile Unternehmen verwenden alle Kraft darauf, ihre Geschäfte ungehindert weiterführen zu können bis unsere Welt too hot to handle ist. Für sie sind das extrem lukrative Geschäfte, wie der Verkauf von Verbrennern, Kreuzfahrten oder Flugreisen mit absurden Gewinnen. Gewinne die vor allem darauf aufbauen, die Umwelt auszubeuten und ohne Mehrkosten zu schädigen.
Um diese gesellschaftsschädigenden Geschäfte möglichst ungestört weiterführen zu können, werden keine Kosten und Mühen gescheut. Neben klassischem Lobbyismus und eingekauften Studien, die Unsicherheit gegenüber der Wissenschaft verbreiten sollen, werden durch massenhafte Werbung klimaschädliche Produkte normalisiert und deren Konsum angefeuert.

Lösungsansatz:
Seit ein paar Jahren gibt es eine Bewegung in Europa, die sich den Unternehmen entgegenstellt und sich für fossilfreie Werbung einsetzt.
Angelehnt an das sehr erfolgreiche Tabakwerbeverbot soll keine Werbung mehr gezeigt werden, die Produkte in starker Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, wie z.B. Verbrennermotoren, Kreuzfahrten und Flugreisen bewirbt.
Und diese Bewegung bekommt immer mehr Aufwind. Neben vielen Städten Europas, die bereits jetzt fossile Werbung verboten haben - allen voran Den Haag, Amsterdam und Stockholm - fordert auch UN-Generalsekretär António Guterres 2024 alle Staaten dazu auf, fossile Werbung zu verbieten und auch das IPPC führt fossilfreie Werbung als eine Maßnahme auf, um CO2-intensives Verhalten zu reduzieren.

Forderung:
Wir als GJBW setzen uns dafür ein, dass in Baden-Württemberg nur noch fossilfreie Werbung gezeigt werden darf. Dafür unterstützt der Landesvorstand Initiativen, die sich auf Landesebene für ein Verbot fossiler Werbung einsetzen und stellt unseren Kommunalis einen Musterantrag für ein Verbot fossiler Werbung auf kommunalen Werbeflächen zur Verfügung.

Problem:
Manche Firmen verdienen sehr viel Geld mit fossilen Brennstoffen (wie Öl und Gas). Beispiele dafür sind der Verkauf von Autos mit Verbrennungsmotor, große Kreuzfahrten oder Flugreisen. Für diese Firmen ist es sehr profitabel, die Umwelt zu schädigen, weil sie dafür keine Kosten bezahlen müssen.
Damit sie ihr Geschäft ohne Störungen weiterführen können, versuchen sie uns zu beeinflussen. Unter anderem schalten sie massenhaft Werbung. Diese Werbung soll uns glauben machen, dass klimaschädliche Produkte ganz normal sind und dass wir sie unbedingt kaufen sollten.

Lösungsansatz:
Ein Mittel dagegen ist ein „Verbot für fossile Werbung“ (fossilfreie Werbung) –ähnlich wie es früher bei der Tabakwerbung war. Es soll zum Beispiel keine Werbung mehr für Verbrenner, Kreuzfahrten oder Flugreisen geben.
Einige Städte, wie Den Haag, Amsterdam und Stockholm, fossilfreie Werbung schon eingeführt. Auch der UN-Generalsekretär António Guterres fordert alle Staaten dazu auf, fossile Werbung zu verbieten. Und auch die Experten vom Weltklimarat (IPCC) sagen: fossilfreie Werbung hilft dabei, das CO2-intensive Verhalten der Menschen zu senken.

Forderung
Wir von der GJBW wollen, dass in Baden-Württemberg nur noch klimafreundliche (fossilfreie) Werbung gezeigt wird. Wir wollen ein Konzept dafür entwickeln. Dieses Konzept soll bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz als offizieller Antrag gestellt werden.

Begründung
Fossile Werbung informiert nicht einfach nur über ein Produkt, sie normalisiert klimaschädliches Verhalten und feuert dessen Konsum an.
Im Internet, in der Zeitung und im öffentlichen Raum kaufen sich fossile Unternehmen unsere Aufmerksamkeit, um ein extrem klimaschädliches Geschäftsmodell am Leben zu erhalten. Fossile Produkte werden hier fälschlicherweise als begehrenswert und von der Gesellschaft gewollt dargestellt. In Den Haag wurde ein Fossilwerbeverbot schon vor Gericht bestätigt und auch das Tabakwerbeverbot zeigt uns: wir müssen Akteuren, deren Produkte in großem Maße gesellschaftsschädigend sind, keine Werbebühne bieten.